

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

07-09/2024/ Nr. 90

Die heutige Politik – jenseits von Vernunft, Anständigkeit und Recht

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Wer das politische Geschehen der letzten Jahre unvoreingenommen mit wachem Geist beobachtet und mit dem Niveau vergangener Zeit vergleicht, kann als augenfällige Tatsache in vielen Bereichen unschwer feststellen: Es gibt einen unglaublichen Verfall der politischen Kultur bei ihren Organen, Funktionären und den ihren Entscheidungen zugrunde liegenden Wertvorstellungen, sofern sie solche jenseits von opportunistischem Nützlichkeitsdenken, Machtstrategien, ideologiefixierten Amokläufen und faulen Kompromissen überhaupt noch haben. So sind heute Dinge an der Tagesordnung, die noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar waren. Die maßgeblichen Medien, die sich rühmen, die vierte – korrektive – Gewalt zu sein, nehmen das kritiklos hin, schweigen darüber oder fördern es noch.

Dabei ist eine Tendenz deutlich feststellbar: Je höher die politische Ebene desto tiefer der Niedergang. Bürgermeister z.B. sind in kleineren Gemeinden noch sehr nahe an den Menschen und engagieren sich für sie oft selbstlos und unter schwierigen Verhältnissen. Auf EU-Ebene und in der internationalen Politik, wo die von Entscheidungen Betroffenen weit weg sind, schaut das dann ganz anders aus.

Da gibt es einmal die doppelten Standards. Was den einen erlaubt ist, das muss nicht unbedingt den anderen erlaubt sein. Israel ist für Zigtausende tote Zivilpersonen im Gaza-Streifen verantwortlich und wird dabei auch noch von den USA mit Waffenlieferungen unterstützt, Russland führt einen konventionellen militärischen Krieg in der Ukraine und wird bekämpft. Dann gibt es die vielen Lügen. In der Ukraine wird nicht für „unsere Demokratie“ gekämpft, denn die EU ist bereits in ihrer Grundstruktur alles andere als eine Demokratie. Sie hat keine echte Gewaltenteilung und dem EU-Parlament fehlt das wichtigste Recht eines Parlaments, die Gesetzesinitiative. Auch in Österreich schaut es mit der Gewaltenteilung nicht besonders gut aus. Die EU behauptet, „Europa“ zu sein, in Wahrheit ist sie ein Instrument der Interessen der USA. Sie behauptet auch, gegen Russland keinen Krieg zu führen und Waffen der Ukraine nur zur Verteidigung zu liefern, in Wahrheit sind bereits die Sanktionen gegen Russland ein Wirtschaftskrieg, werden ukrainische Soldaten geschult, westliches Militärpersonal in der Ukraine eingesetzt und kämpft bereits auf russischem Boden. Für die EU-Nomenklatura war es auch kein Problem, Ursula von der Leyen trotz unmittelbar vorausgehender Verurteilung durch das Luxemburger EU-Gericht wie geplant erneut zur Kommissionspräsidentin zu machen. Und das – offiziell – neutrale Österreich beteiligt sich im Rahmen der „Europäischen Friedensfazilität“(!) finanziell an



Wie schaut denn meine Zukunft aus? („What does the future look like?“) fragt ein sichtlich besorgter junger Mann auf einem Bahnsteig in Innsbruck. Ein Einzelfall? Sicher nicht. Was läuft in der Politik falsch, dass (zu) viele junge Menschen von heute mit einem Rucksack voll von Ängsten – Kriegsangst nicht ausgeschlossen – leben müssen? Bild: rp

Waffenkäufen für die Ukraine. Das waren nur einige Beispiele aus einer Liste, die sich schier endlos fortsetzen ließe.

Zum Schluss noch ein kurzer Hinweis auf die kommende NR-Wahl am 29. September: Trotz Bemühungen ist es aufgrund zahlreicher Hindernisse nicht gelungen, eine ÖXIT-Wahlliste aufzustellen. Es freut uns, dass mit der MFG (Menschen Freiheit Grundrechte) doch eine Partei auf dem Stimmzettel steht (außer in Kärnten und im Burgenland), die nicht nur die Direkte Demokratie und die Neutralität Österreichs in ihrem Wahlprogramm aufführt. Von allen antretenden Parteien nimmt sie zum ÖXIT am klarsten wie folgt Stellung:

„Ein echtes Friedensprojekt für Österreich wäre der Austritt aus der EU, um Sanktionen und militärischen Verpflichtungen zu entgehen.“

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Redaktionsteam

Inhalt

- 1 Die heutige Politik – jenseits von Vernunft, Anständigkeit und Recht
- 2 Sind sich die politischen Entscheidungsträger ihrer Verantwortung bewusst?
- 3 APA-Pressemitteilung „Neutralität sichern!“
- 3 Wir wollen unsere Souveränität zurück
- 4 Solche Ausgaben dienen nicht der Verteidigung
- 4 Lesens-, sehens-, hörens-wert
- 5 Wussten Sie?
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes
- 8 Impressum

*Einen Frieden kann man nur herstellen,
wenn man die Interessen beider Seiten
berücksichtigt.*

Klaus von Dohnanyi
ehem. Minister in der Regierung Willy Brandt

Sind sich die politischen Entscheidungsträger ihrer Verantwortung bewusst?

Angesichts ihrer in den letzten Wochen getroffenen Beschlüsse stellt sich diese Frage. Präsident Putin hat bereits im Mai seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen bekundet. Die Antwort des Westens darauf war die Freigabe der der Ukraine versprochenen Waffensysteme mit größerer Reichweite auch für einen Einsatz auf russischem Gebiet und für den Angriff auf das nukleare russische Frühwarnsystem. Das lässt darauf schließen, dass der Westen an einer Fortsetzung des Krieges nicht nur interessiert ist, sondern seine Eskalation gezielt anstrebt, die Ukraine als Rammbock gegen Russland missbrauchend.

Für die USA ist das verständlich. Sie haben sich immer gezwungen gesehen, ihre Weltmachtsansprüche laufend durch Kriege zu festigen. Deshalb haben sie seit Jahren auf eine Auseinandersetzung mit Russland hingearbeitet. Sie haben bei einer Eskalation dieses europäischen Krieges kaum etwas zu befürchten, aber viel zu gewinnen. Russland ist weit weg und die Handelsbeziehungen mit ihm sind schwach. Die USA machen ganz klar eine interessengeleitete Politik.

Völlig anders sieht es für Europa aus.

Die Sanktionen gegen Russland und die Sprengung der Nordstream-2-Gaspipeline treffen fast ausschließlich die europäische Wirtschaft. Und die Ukraine und der Krieg sind nahe.

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass Russland eine militärische Antwort auf diese neue Eskalationsstufe finden wird. Das hat es bisher immer gemacht: Es hat auf die westlichen Provokationen, die meinten, die russischen Sicherheitsbedürfnisse und „roten Linien“ ignorieren zu können, reagiert. Russland will vom Westen als gleichberechtigter Gesprächspartner ernst genommen werden. Das würde vor allem den „Europäern“ gut anstehen, denn diese befinden sich mit Russland in vielerlei Hinsicht in einem Boot und können sich anti-russische Arroganz durchaus nicht leisten.

Die Reaktion von Präsident Putin auf diese neuerliche Provokation des Westens war bisher auffallend zurückhaltend. Er kann und wird sie aber nicht akzeptieren. Der Druck auf ihn „doch endlich ordentlich Krieg zu führen“, wird in seinem Land ohnehin immer größer. Das müsste dem kollektiven Westen aufgrund seiner bishe-

rigen Erfahrungen in dieser Auseinandersetzung eigentlich klar sein. Spätestens jetzt müssten sämtliche Alarmglocken läuten. Doch davon ist nichts zu merken. Und das hat wiederum mit dieser unerträglichen Überheblichkeit gegenüber Russland zu tun, mit der unhinterfragten Mutmaßung, Putin drohe nur, es sei nichts dahinter, weil es zu schwach und unbedeutend sei, man brauche es gar nicht ernst zu nehmen, man könne es ohne Weiteres übergehen. Genau diese Haltung hat bereits zu fatalen Fehlentscheidungen geführt, und es ist höchst an der Zeit sie zu überdenken, damit es nicht zu einer kaum mehr beherrschbaren Eskalation des Krieges kommt.

Seit 7. Oktober des vorigen Jahres gibt es einen weiteren Kriegsschauplatz im Nahen Osten. Seither haben sich die Auseinandersetzungen ständig ausgeweitet und verschärft, von Israel, Palästina und dem Gazastreifen in den Libanon, von den Huthi-Rebellen im Jemen bis in den Iran, und die Türkei und die USA mischen mit. Durch die tödlichen israelischen Anschläge auf Fuad Shukur, den ranghöchsten Kommandeur der vom Iran unterstützten Hisbollah im Libanon und des pragmatischen, verhandlungsbereiten Hamas-Führers Ismail Haniya in Teheran hat sich die Lage zugespitzt. Der Iran wird vermutlich solche Provokationen nicht unbeantwortet lassen. Sollte es den Kriegsparteien in Beirut und Teheran noch an Argumenten gefehlt haben, Tel Aviv hat sie ihnen geliefert. Ein Angriff des Iran und seiner Verbündeten könnte also jederzeit erfolgen.

Die israelische Regierung sendet mit diesen Tötungen eine klare Botschaft an die Palästinenser: Es gibt keine Verhandlungen, keine politische Perspektive, keine Zweistaatenlösung, nur Unterwerfung oder Tod ist die politische Wahl, ganz im Sinne Benjamin Netanjahus, der erst vor kurzem in Washington unter Jubelstürmen amerikanischer Volksvertreter den „totalen Sieg“ als Ziel ausgab. Es ist unwahrscheinlich, dass die beiden Tötungen und der Tötungsaufruf gegen den neuen Hamas-Führer Jahja Sinwar ohne Wissen der USA erfolgten. Doch damit nicht genug. In dieser brisanten Gemengelage haben die USA ihrem Bundesgenossen Israel mit ihrer uneingeschränkten Beistandszusicherung einen Freibrief ausgestellt für alles, was noch kommen wird. Vor diesem Hintergrund ist es frag-

Russland hat keine imperialen Ambitionen

Die gängige Meinung im Westen ist, dass Putin den Krieg begonnen habe, weil er ein Imperialist und Expansionist ist. Er sei entschlossen, die gesamte Ukraine zu erobern. Und dann wird er andere Länder in Osteuropa erobern und ein neues Großrussland schaffen. Diese Sichtweise ist falsch.

Seine Entscheidung hatte vor allem damit zu tun, dass er die Nato-Erweiterung in der Ukraine als existentielle Bedrohung für Russland ansah und entschlossen war, dies zu verhindern.

Sie haben mich gefragt, wie ich beweisen kann, dass ich recht habe und die gängige Meinung im Westen falsch ist? Die Antwort ist einfach. Es gibt keine Beweise, die die gängige Meinung im Westen unterstützen. Es gibt keine Beweise dafür, dass Putin ein Großrussland schaffen, dass er die gesamte Ukraine und weitere Länder erobern will. Auf der anderen Seite gibt es eine Fülle von Beweisen, die zeigen, dass er durch die Politik der Nato-Erweiterung zur Invasion in die Ukraine motiviert wurde. Er hat bei zahlreichen Gelegenheiten gesagt, dass dies nicht zu akzeptieren ist. Ich denke, alle verfügbaren Beweise zeigen, dass meine Position richtig und die gängige Meinung im Westen falsch ist.

John Mearsheimer in einem Interview mit der chinesischen Zeitung Global Times (leicht gekürzt). Er ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der University of Chicago.

Quelle: zeit-fragen.ch, 3. April 24

lich, ob die Aufrufe des Werte-Westens zur Deeskalation und Verhandlungen ehrlich gemeint sind.

Sollte die EU ein Friedensprojekt sein, hätte sie schon längst diesen Weg der konsequenten Steigerung des Konfliktniveaus sowohl im europäischen als auch im Nahen Osten verlassen müssen. Sollten die USA und Israel nicht dazu bereit sein, wäre dies für die europäischen Politiker die Gelegenheit, sich endlich von ihrer transatlantischen Abhängigkeit zu lösen und ihr Versagen zu korrigieren.

Quellen: infobrics.org; ipg-journal.de

APA-Pressemitteilung vom 6. Juli 2024

(gekürzte Fassung)



Neutralität sichern!

Der Westen und die NATO: keine Konzepte, kein Austausch, kein Friede

Österreichs Neutralität muss für die Regierung oberste und unmissverständliche Priorität haben.

Sie ist der wirksamste Schutz der Bevölkerung vor einer drohenden Einbindung in das Kriegsgeschehen auf europäischem Boden.

Leider setzt unsere Regierung falsche Schwerpunkte: Unser Land ist Mitglied in «Partnership for Peace» und nimmt am «Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)» teil. Beides sind Vereinbarungen mit der NATO. 2025 will Österreich bei den «Krisenreaktionskräften der EU», die Kampfeinsätze auch außerhalb(!) der EU vorsehen, die Führung übernehmen.

Anfang Mai 2024 wurde bekannt, dass die vier neutralen Länder Schweiz, Österreich, Malta und Irland dem Militärbündnis NATO einen Brief geschrieben haben mit der Bitte um einen engeren Einbezug. Das Annähern an die NATO bewirkt, dass Österreich in den Augen der Russen zurecht ein Feindstaat wird. Wir werden im Falle eines Krieges zum Kampfgebiet. Die österreichische Neutralität, wie sie 1955 beschlossen wurde und der wir unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit und auch unseren Frieden verdanken, ist für unser Land und unsere Bevölkerung lebenswichtig, wortwörtlich verstanden. Anstatt sie zu erhalten, wird sie geschwächt. Die österreichi-

sche Verteidigungsministerin Klau-dia Tanner hat im Mai 2024 bereits die zweite von drei Unterschriften zur Teilnahme am NATO-Projekt «European Sky Shield Initiative» (ESSI) ge-tätigt. Sie verspricht der Bevölkerung einen Schutz unseres Luftraums. Die «Sky-Shield»-Mittelstreckenraketen verfügen über Reichweiten bis 2.400 km und sind in die NATO-Strukturen eingebunden. Deren Installation be-deutet Eskalation statt Befriedung. Denken wir daran, dass sich die USA Präventiveinsätze, d.h. Angriff auf Verdacht hin, und einen atomaren Erstschlag herausnehmen. Insofern können die teuren Langstreckenra-ken keine Verteidigungswaffe für ei-nen neutralen Staat sein. Wir wollen nicht zur Zielscheibe von potenziellen Gegnern werden. Zurück zum Frie-densinstrument der Neutralität!

Es wäre ein friedvoller Weg vorhan-den: Damit sich ein neutraler Klein-staat selbst behaupten kann, hat Ös-terreich ein Bundesheer. Das ehemals bewährte Raumverteidigungskonzept sollte an die derzeitige Gegebenheit angepasst und die gesetzliche Ver-

pflichtung zum Konzept der «Umfas-senden Landesverteidigung» (ULV) sollte rasch und ernsthaft umgesetzt werden. Da die dringend nötigen fi-nanziellen Mittel jahrelang für diesen Aufgabenbereich entzogen wurden, wurde uns bereits im August 2017 klarer Wein eingeschenkt: Ein Schutz der Bevölkerung durch das Bundes-heer und eine flächendeckende Siche-rung der kritischen Infrastruktur sind schon heute nicht mehr möglich.

Wir schlagen vor, dass sich Öster-reich auf die oben genannten urei-genen Verteidigungsaufgaben als neutraler Staat konzentriert, anstatt sich der NATO anzunähern und Sky-Shield-Raketen zu beschaffen. Dafür, und nur dafür haben wir das Bundesheer. Wir meinen, die Siche-heit eines Staates nimmt in einem Bündnis ab, da man nicht mehr selbst über Krieg und Frieden entscheiden kann. Allianzen wie die NATO wol-len stets größer werden. Sie sind der Macht, nicht dem Frieden verpflich-tet. Es ist höchste Zeit, dass wir un-sere Neutralitätsverpflichtungen ein-halten. Friedensstifter sind gefragt!

Die Pressemitteilung „Neutralität sichern!“ wurde von folgenden Organisationen sowie Einzelpersonlichkeiten unterstützt:

Dr. Rudolf Gehring, „Christliche Partei Österreichs“ (CPÖ), Ing. Robert Glaubauf, Landessprecher Wien der Partei „Menschen Freiheit Grundrechte“ (MFG), Dipl.-Ing. Daniel Jenny, Obmann des „Bündnisses Neutrales Freies Österreich“ (NFÖ), Dr. Franz-Joseph Plank, Obmann des Vereins „Animal Spirit“, Inge Rauscher, Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) und Hon.Univ.-Prof. DI. Dr. Heinrich Wohlmeyer.

Wir wollen unsere Souveränität zurück!

Politiker und Parteien, die Österreichs Souveränität geringschätzen, ihren Verlust achselzuckend hinnehmen oder sogar als erstrebenswert erachten, gehören abgewählt.

Am besten lässt sich der Wert einer (größtmöglichen) Souveränität abschätzen, wenn man sich die Folgen ihres Verlusts vor Augen führt: Ein nicht-souveräner Staat ist ein Satellitenstaat. Formal zwar selbständig, unterwirft er sich einer höheren Instanz und ihren Interessen, z. B. einem mächtigeren Staat oder

einem supranationalen Gebilde. Er ist von ihren Weisungen abhängig und muss ihre „Richtlinien“ umsetzen, auch wenn sie sich noch so nachteilig für das eigene Land und die meisten seiner Bürger auswirken. In einer besonders erschreckenden Weise waren diese Merkmale bei den ehemaligen Ostblock-Staaten und sind heute an der Mitgliedschaft vor allem von kleineren Staaten wie Österreich bei der EU feststellbar. Diese ist wiederum ein Satellit der noch mächtigeren USA.

Die dafür verantwortlichen nationalen Poli-

tiker bauen eventuell sich aus dieser Konstellation ergebenden Schwierigkeiten vor, indem sie sich der übergeordneten Instanz durch Willfährigkeit andienen. Dadurch werden sie in ihrem Land (fast) unangreifbar. Hier „zaubern“ sie aus Nachteilen Vorteile der Unterwürfigkeit argumentativ hervor. Die immer größer werdende Zahl an interessierten und informierten Bürgern erkennt jedoch einen fremdbestimmten Politiker, nennt ihn ohne Umschweife „Lügner“ und wird, so ist zu hoffen, ihre Einsichten auch als Wähler einbringen.

Die Neutralität kann ihre Schutzfunktion nur entfalten, wenn der Staat seine Grenzen selbst verteidigen kann. Der Neutrale darf aber nicht als Teil einer Bedrohung wahrgenommen werden, ansonsten macht er sich zur Zielscheibe. Daher macht es für Österreich und die Schweiz Sinn, ihre völkerrechtlich garantierte Neutralität zur Deeskalation von Konflikten einzusetzen, nicht zur Teilnahme an gemeinsamen Abschreckungsverbänden mit der NATO.

Prof. Dr. Pascal Lottaz, Schweizer Neutralitätsforscher an der Kyoto Universität

Solche Ausgaben dienen nicht der Verteidigung

Die österreichische Regierung hat das Budget für die Landesverteidigung auf ein Rekordniveau erhöht. Außenminister Schallenberg sagt: „Im Ernstfall müssen wir uns selbst verteidigen können.“ Leider meint er nicht die Verteidigung unseres Landes.

Die Konzeption der „Umfassenden Landesverteidigung“ und der „Raumverteidigung“ sind richtige Ansätze, die 1983 von allen politischen Parteien im Parlament beschlossen wurden. Leider wird der Beschluss bis heute nicht umgesetzt, und dem Bundesheer werden die nötigen Mittel vorenthalten. **Die vom Außenminister erwähnten Gelder dienen nicht der Verteidigung unseres Landes, sondern machen eher für die NATO-Konzepte Sinn:** Die vom Verteidigungsministerium gewünschten „Sky-Shield-Mittelstreckenraketen“ mit Abschussbasen in Österreich verfügen über Reichweiten bis 2.400 km und werden in NATO-Strukturen eingebunden.

Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Das ist Putins rote Linie!** In diesem Video (Dauer: 56:06) spricht Philip Hopf mit NATO-General a.D. Harald Kujat. Eine der wenigen ernstzunehmenden Stimmen der Vernunft und des Friedens in Deutschland. [youtube.com](https://www.youtube.com)
- **Mehr Neutralität oder mehr Nato?** Es ist kurzsichtig, die Neutralität kleinzureden. Es steigen die Kriegsrisiken, wenn sich immer mehr Länder einem der großen Machtblöcke anschließen, sagt Wolf Linder in seinem Gastkommentar. [nzz.ch](https://www.nzz.ch)
- **Hass im Namen der Demokratie.** Hass und Hetze zählen nicht, wenn sie von links kommen. Wer als Linker den Hass auf die Straße trägt, wird sogar von einem CDU-Ministerpräsidenten dafür gelobt, schreibt Birgit Kelle in der Wochenzeitung „Die Tagespost“ vom 4. Juli 2024 bzw. online unter: [die-tagespost.de](https://www.die-tagespost.de)
- **Hirnwäsche an internationalen Groß-Events.** Internationale Großanlässe werden zunehmend zur Bühne okkultur, woker und blasphemischer Botschaften. Was früher noch subtiler platziert wurde, ist spätestens seit der diesjährigen Ausgabe des Eurovision Songcontests (ESC) und den Olympischen Sommerspielen von Paris für alle erkennbar. Doch was steckt wirklich dahinter? [schweizerzeit.ch](https://www.schweizerzeit.ch)
- **D-Day 2024.** Die Autorin des Artikels in den Schweizer Zeit-Fragen, Diana Johnstone zeigt an den Feierlichkeiten zum „D-Day“ auf, wie die Medien bis heute versuchen, den Eindruck entstehen zu lassen, dass der Krieg hauptsächlich von den Amerikanern mit Hilfe der Briten gewonnen wurde. Der sowjetischen Roten Armee darf keine kriegsentscheidende Rolle eingeräumt werden. Vor diesem Hintergrund ist auch die diskreditierende Nicht-Einladung Russlands zu den Feierlichkeiten zu verstehen. www.zeit-fragen.ch
- **Gutachten über die israelische Besatzungspolitik.** Einen Tag, nachdem das israelische Parlament mit großer Mehrheit den Anspruch des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat abgelehnt hatte, wurde ein Gutachten über die israelische Besatzungspolitik veröffentlicht. Dieses wurde von der UN-Generalversammlung als verbindlich angenommen. Darin wird die seit 1967 von Israel praktizierte Besatzungs- und Vertreibungspolitik verurteilt. <https://saar.at/> (Newsletter)
- **„Hirntot“ und gefährlich, die Nato macht weiter.** Gipfeltreffen als Übung in Massenpropaganda. Artikel von Patrick Lawrence in den Schweizer Zeit-Fragen. Er übt Kritik an Nato-Gipfeltreffen, zuletzt am Jubiläumsgipfel in Washington, als Aufführungen, als Übungen in Massenpropaganda, die in aller Öffentlichkeit stattfinden: „Die Nato hat sehr wohl einen Zweck, aber ihre politischen Galionsfiguren, Generäle und Bürokraten müssen sich einen solchen für die Öffentlichkeit ausdenken, da ihr eigentlicher Zweck – die weltweite Vorherrschaft, koste es, was es wolle – zu anstößig ist, um sich dazu zu bekennen.“ [zeit-fragen.ch](https://www.zeit-fragen.ch)
- **Klimafreundliche Wolken durch Salzkristalle.** Kommentar von Norbert Häring. Von einem stillgelegten Flugzeugträger vor der Küste Kaliforniens aus sprühen Wissenschaftler seit Anfang April mit einer von der Gates-Stiftung finanzierten Maschine Salzkristalle in die Luft. Damit soll geprobt werden, die Wolken über dem Meer so zu verändern, dass sie mehr Sonnenlicht abhalten. Bis zum Start der Versuchsreihe wurde sie geheim gehalten, weil Klimamanipulation sehr umstritten ist. Über die Risiken einer Geo-Engineering-Technologie scheint sich nur eine Weltmacht hinwegsetzen zu können. Sie hat keine Zweifel, dass sie ihre eigenen Interessen an günstigen klimatischen Bedingungen gegenüber konkurrierenden Interessen der übrigen Welt durchsetzen kann. [apolut.net](https://www.apolut.net)
- **Der rasante Aufstieg von „Reform UK“.** Warum Nigel Farages Partei die britische Politik der nächsten Jahre prägen wird. Die drei Jahre junge „Reform UK“-Partei des erfolgreichen Brexit-Kämpfers Nigel Farage hat bei der vorgezogenen Unterhauswahl am 4. Juli in Großbritannien die drittmeisten Stimmen erhalten (14,3 Prozent). Trotz des britischen Wahlsystems, das nur der stärksten Partei im Wahlkreis einen Sitz im Unterhaus einräumt, erreichte Farages „Reform UK“ aus dem Stand fünf Mandate, während die Labour-Partei mit einem fast gleich gebliebenen Stimmenanteil von 33,7 Prozent 412 Mandate gewann, von möglichen 650. Nigel Farages Partei wird die Politik des Vereinigten Königreichs dennoch stärker prägen, als es die Anzahl der Sitze im Parlament wiedergibt, davon sind alle Politikbeobachter überzeugt. [nzz.ch](https://www.nzz.ch)
- **Israels Finanzminister sieht Aushungern der Menschen in Gaza als „gerechtfertigt“.** [diepresse.com](https://www.diepresse.com)



WHO: Statt Pandemievertrag nun Internationale Gesundheitsvorschriften?

Der geplante weltweite Pandemievertrag, initiiert von EU-Ratspräsident Charles Michel, ist – vorerst – gescheitert. Nach mehr als zwei Jahren Diskutierens und Feilschens konnten die Vertreter der 194 Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) keinen Konsens über die vorgeschlagenen Änderungsanträge erzielen und sich somit nicht auf einen endgültigen Text einigen.

Eine Rolle dürfte dabei auch gespielt haben, dass einige Staaten endlich begonnen haben, die Vorschläge genauer zu lesen, zum anderen dass es massive negative Reaktionen weltweit gab, zusammen mit rechtlichen Schritten in Großbritannien.

Der Pandemievertrag würde die Menschen zu Untertanen einer Art von Weltregierung durch eine demokratisch nicht legitimierte Behörde machen, die im Namen der Gesundheitspolitik eine nie dagewesene zen-

trale Macht hätte. Einen Vorgeschmack davon gab es zur Corona-Zeit.

Der Vertrag hätte auch keine neue Pandemie verhindert, keine schnellere Entdeckung neuartiger Viren bewirkt oder deren Ausbreitung schneller eingedämmt. Stattdessen hätte er mehr Bürokratie und Machtzuwachs für eine internationale, niemandem verantwortliche Institution in der Hand eines Generaldirektors mit bedenklicher Vergangenheit gebracht.

Doch freuen wir uns nicht zu früh über diesen für die weltweite Freiheitsbewegung immens wichtigen Sieg. Im Schatten der Vertragsverhandlungen hat die WHO nämlich in einem zweifelhaften Abstimmungsvorgang und unter Zeitdruck weitreichende Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) beschlossen. Deren Inkrafttreten hätte ebenso gravierende Auswirkungen auf

unsere Freiheit und würde die Bürgerrechte massiv einschränken.

Diese Änderungen sehen unter anderem eine erhebliche Ausweitung der Machtbefugnisse von WHO-Generaldirektor Tedros vor. Er könnte eine „pandemische Notlage“ mit den entsprechenden Maßnahmen wie Zensur, Überwachung, Isolierung bis hin zum „Klima-Lockdown“, Impfzwang u.a. ausrufen, ohne diese anhand von Fakten begründen zu müssen. Zudem müssten sich die Vertragsstaaten zu einer Informationskontrolle verpflichten „einschließlich der Bekämpfung von Fehl- und Desinformationen“. Kredite und Zuschüsse der Internationalen Finanzorganisationen an ärmere Länder sollen als Druckmittel zur Umsetzung von „Empfehlungen“ der WHO eingesetzt werden. Dabei wird eine vielleicht doch noch mögliche Durchsetzung des Pandemievertrags im Auge behalten.

Quellen: nzz.ch, patriotpetition.org

Die EU raubt Zinserträge von beschlagnahmtem russischem Vermögen

Seit Frühjahr war es bereits beschlossen, gegen Ende Juli kündigte Ursula von der Leyen eine erstmalige Überweisung von 1,5 Milliarden Euro an die Ukraine an. Das Geld stammt von Zinserträgen aus „eingefrorenem“ Vermögen der russischen Zentralbank in Staaten der EU. Nach Kommissionsangaben wurden insgesamt rund 210 Milliarden Euro der russischen Zentralbank in der EU als Strafmaßnahme gegen Russland wegen des

angeblichen Angriffskrieges gegen die Ukraine eingezogen. Allein im Jahr 2023 sollen rund 4,4 Milliarden Euro an Zinserträgen geflossen sein. 90 Prozent der russischen Zinserträge fließen in den EU-Fonds für die Finanzierung militärischer Ausrüstung und Ausbildung, die restlichen zehn Prozent sollen als direkte Finanzhilfen für die Ukraine verwendet werden. Das Geld aus dem Fonds geht jedoch nicht als Direktüberweisung an die Ukraine, sondern an EU-Länder, die der Ukraine damit Waffen zur Verfügung stellen.

Die EU hat mit diesen Maßnahmen die „mildere Variante“ gewählt und sich – vorläufig – auf die Enteignung der Zinsen beschränkt. Die russischen Zentralbank-Gelder durch einen Enteignungsbeschluss direkt zu nutzen, wie es die USA wünschen, ist bisher nicht geplant. Als ein Grund dafür gelten



„Flehende Hände“

Installation im Hiroshima-Hain in Hannover

Der Hiroshima-Hain mit 110 Kirschbäumen wurde im Jahr 1987 angelegt. Er dient dem Gedenken an die 110.000 Japaner, die während des Atombombenabwurfs am 6. August 1945 in Hiroshima unmittelbar ums Leben kamen. Hannover ist seit über 30 Jahren durch eine Städtepartnerschaft mit Hiroshima verbunden und erinnert in diesem Rahmen regelmäßig an die Zerstörung der japanischen Großstadt und damit einhergehend an die latente Gefahr eines nochmaligen Einsatzes von Atomwaffen.

Quelle: visit-hannover.com; Bild: Michael Gäbler, wikipedia

Kann man es den Russen verargen, dass sie den US-Vorstoß mit Stützpunkten und Raketenbasen an die eigenen Grenzen als Bedrohung empfinden? In der Ukraine entgleiste die Nato-Expansion. Es gab einen Putsch, vom Westen unterstützt. Acht Jahre lang nahm Kiew die abtrünnigen Gebiete im Osten unter schweren Artilleriebeschuss. Hätten die Russen einfach zusehen sollen, wie vor ihren Augen Tausende von russischsprachigen Ukrainern abgeschlachtet werden?

Roger Köppel, Weltwoche 25/2024

rechtliche Bedenken und wahrscheinliche Vergeltungsmaßnahmen. Moskau hat die EU bereits im vergangenen Jahr davor gewarnt, das Eigentum des russischen Staates oder russischer Bürger zu konfiszieren. Denkbar wäre es beispiels-

weise, dass dann auch in Russland tätige Unternehmen aus EU-Ländern enteignet würden. Zudem könnte eine direkte Nutzung der russischen Vermögenswerte auch dazu führen, dass andere Staaten und Anleger das Vertrauen in den europäischen Finanzplatz verlieren und Vermögen aus der EU abziehen.

Quellen: *dw.com; express.at*

Die Russische Föderation hat – verständlicherweise – rechtliche Schritte gegen diese Zwangsentziehung angekündigt. Man möchte sich nicht vorstellen, mit welchen Maßnahmen die USA als Betroffene eines staatlich angeordneten, großangelegten und öffentlich vollzogenen Diebstahls reagieren würden. Aber

Russland soll sich diesen Raubzug einfach so gefallen lassen. Und der (offiziell) neutrale Staat Österreich ist aufgrund seiner Mitgliedschaft bei der EU gezwungen, bei diesen neutralitätswidrigen Machenschaften dabei zu sein. Und was heißt „Strafmaßnahme“? Ist die EU die Richterin über Russland?

Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

EU-Wahlen und was dann?

Regelmäßig vor EU-Wahlen versprechen uns österreichische Politiker, auf welche großartige Zukunft wir mit der EU zugehen. Würden nicht immer wieder viele Wähler auf solche nichtssagenden Aussagen hereinfliegen, wäre die Wahlbeteiligung noch deutlich geringer. Wie arrogant EU-Politiker sind, zeigt sich in den Worten des früheren EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker: „Wir beschließen etwas, stellen es dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt. Wenn es ernst wird, muss man lügen!“

Schlimm ist, dass keiner der vielen Politiker (auch aus Österreich) sich bisher von diesen zutiefst beschämenden Worten distanziert hat. Auch Politik ist eine Frage des Vertrauens. Wir dürfen uns nicht alles gefallen lassen!

Othmar Amann, Koblach

Der Krieg in der Ukraine ist ein Stellvertreterkrieg

Noch vor zwei Jahren wurde man schief angeschaut, wenn man den Krieg in der Ukraine als Stellvertreterkrieg bezeichnet hat. Doch jetzt gestehen auch die US-Schreiber der renommierten Zeitung „The New York Times“ (NYT) ein, dass es sich beim Ukraine-Krieg um einen Stellvertreterkrieg handelt. Die NYT bemüht sich natürlich, auch Russland als Stellvertreter Chinas darzustellen, obwohl China keine Waffen an Russland liefert, im Gegen-

satz zur USA, die seit spätestens 2014 (und neuerdings auch ihre NATO-Schoßhündchen) die Ukraine mit modernen und schweren Waffen versorgen. Auch ist mir kein Fall bekannt, dass chinesische Soldaten auf Seiten Russlands in der Ukraine gekämpft hätten, US- und GB-Soldaten sind jedoch seit zehn Jahren als „Ausbildner“ in der Ukraine tätig und wurden auch schon von den Russen gefangengenommen (Mariupol).

Jedenfalls ist man in den USA emsig bemüht, China als den Hauptfeind darzustellen, weil man weiß, dass man in einem drohenden Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen China und die BRICS-Staaten ziemlich chancenlos sein würde. Die USA leben derzeit noch immer vom „Goodwill“ Chinas und der BRICS-Länder, die noch – allerdings mit sinkender Tendenz – gewillt sind, mittels des Ankaufs amerikanischer Schulden (vulgo: Staatsanleihen) den amerikanischen „way of life“ aufrecht zu erhalten.

Leserbriefschreiber der Red. bekannt

EU-Postenschacher

Die rechten Parteien, die bei den EU-Wahlen stark zulegen konnten, wurden bei den „EU-Spitzenjobs“ übergangen, daher sind die Vorbehalte und die Kritik an dieser EU-Mauschelei-Besetzung von Italiens Regierungschefin Georgia Meloni und Ungarns Viktor Orban berechtigt. Demokratisch betrachtet, sollte sich die gestiegene Repräsentanz dieser Parteien nach diesen EU-Wahlen auch bei den EU-Posten niederschlagen, denn mit dem üblichen „Ausgrenzen“ werden manche zunehmend größere Probleme bekommen.

Manfred Waldner, Fulpmes

Die westliche Gesellschaft wird sich die DDR zum Vorbild nehmen

Die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Kontur verliert.

Bärbel Bohley, DDR-Bürgerrechtlerin, 1991 in einem Interview mit dem Schriftsteller Chaim Noll

Quelle: *achgut.com*

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

Demonstration für Frieden: „Ohne NATO kein Krieg“

So stand es auf einem Transparent, das auf der Kundgebung „Es gibt noch Hoffnung“ am 3. August in Berlin mitgetragen wurde. Mehrere zehntausende Teilnehmer demonstrierten friedlich für eine rasche

Beendigung des von US-NATO und EU provozierten Ukraine-(Stellvertreter-)krieges. „Mit dieser Demonstration für Frieden, Freiheit und Wahrheit setzt Deutschland ein klares Zeichen für die Welt, dass man

die allgegenwärtige Gängelung und Lüge durch Politik und Leitmedien nicht einfach hinnehmen muss.“ So lauteten die hoffnungsvollen Worte des Moderators zu Beginn der Kundgebung. *Quellen: kla.tv; zeit.de*

Jeder darf ernten Das Ernteprojekt „Gelbes Band“

Jedes Jahr wird tonnenweise Obst nicht geerntet und verfault ungenutzt auf oder unter den Bäumen. Deshalb wurde 2018 im deutschen Bundesland Baden-Württemberg das Ernteprojekt „Gelbes Band“ ins Leben gerufen. Mit einem gelben Band gekennzeichnete Bäume dürfen

kostenlos und ohne Rücksprache mit den Besitzern abgeerntet werden. Diese Aktion ist nicht nur ein Beitrag zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung, sondern verbindet auch die Landwirtschaft mit den Konsumenten. Sie lenkt den Blick auf regionales und saisonal verfügbares Obst. Durch das eigene Pflücken, Aufklauben und eventuell auch Verarbeiten der Früchte bekommen die Verbraucher einen direkteren Bezug zu ihrer Nahrung und werden für einen bewussteren, wertschätzenden und sparsamen Umgang mit Lebensmitteln sensibilisiert.

Zahlreiche Gemeinden und Bundesländer deutschlandweit schlossen sich diesem Projekt an, das 2020 mit dem „ZugutfürdieTonne“-Bundespreis ausgezeichnet wurde.

Quellen: bzfe.de; agrarheute.com

Österreich hat sich erfreulicherweise einige Jahre später von der Erntekaktion „Gelbes Band“ inspirieren lassen. Bundesländer und Gemeinden, vornehmlich in Niederösterreich, bewerben nun dieses Anti-Verschwendungsprojekt in der Erntesaison und bemühen sich redlich, möglichst viele Obstbaumbesitzer und Nutznießer dafür zu begeistern. Wir wünschen uns noch viele Nachahmer in ganz Österreich!



Das gelbe Band bedeutet: Hier darf geerntet werden.

Bild: agrarheute.com - screenshot

Durch Orbáns Friedensinitiative bröckelt die Mauer der Gesprächsverweigerung

Kaum eine Woche im Amt des Vorsitzenden des EU-Ministerrats machte der ungarische Premier Viktor Orbán schon von sich reden, als er sich in der ersten Julihälfte auf eine friedensdiplomatische Reise begab, zuerst zum Staatschef Selenskyj, dann zum russischen Präsidenten Putin, nach China und zum Schluss in die USA.

Er gab damit zu erkennen, dass für ihn der Ukraine-Krieg oberste Priorität hat, und dass er die ungarische Ratspräsidentschaft dafür einsetzen will, das tägliche Sterben in der Ukraine zu beenden, zuerst durch einen Waffenstillstand, danach soll über die Bedingungen für einen stabilen

Frieden geredet werden. Schon vor Antritt seiner Reise hatte er einen Brief an die europäischen Regierungen adressiert, in dem er mit Hinweis auf eine mögliche Wiederwahl Trumps für eine Gesprächsbereitschaft mit Russland warb.

Es muss klar sein, dass wir der Europäischen Union nicht beigetreten sind, um gemeinsam in den Krieg zu ziehen. Auch sind wir nicht der EU beigetreten, um 100 Milliarden Euro in den Krieg zu stecken.

Viktor Orbán, Ministerpräsident Ungarns

Durch diese direkten, vermittelnden Gespräche mit den Kriegsparteien brach er die vor allem von westlicher Seite geschürte Pattsituation der Gesprächsverweigerung auf, die Russland dämonisiert und mit immer mehr und immer gefährlicheren Waffen diese Nuklearmacht besiegen will, koste es was es wolle, an Menschen und Material. Mit seinem diplomatischen Engagement eröffnete er im Gegensatz zum „Friedensgipfel“ in der Schweiz einen gangbaren Weg, der tatsächlich zu einem für alle Beteiligten akzeptablen Frieden führen könnte, nicht nur für die Ukraine, sondern für ganz Europa unter Einschluss Russlands.

Will das Friedensprojekt EU keinen Frieden?

Anstatt ihm dafür dankbar zu sein, versuchten noch während seiner Reise EU-Politiker und von ihnen abhängige Medien die Friedensinitiative Orbáns herunterzuspielen. Er habe dazu von der EU-Führung keine Autorisierung, sei deshalb bloß als ungarischer Minister-

präsident unterwegs und täusche somit seine Gesprächspartner. Doch damit nicht genug. In weiterer Folge wurde er in einem Sturm der Entrüstung als Putin-Versteher, Wichtigtuer, Provokateur und Egoist öffentlich niedergemacht und seine Friedensmission als Sicherheitsge-

fährdung in den Dreck gezogen. Gleichzeitig versprochen das EU-Parlament und von der Leyen, die als EU-Oberkommissarin wiedergewählt werden wollte, eine noch härtere Gangart gegen die Russische Föderation. Sie ordnete einen Boykott für informelle Minis-

(Fortsetzung auf Seite 8)

tertreffen unter der ungarischen Ratspräsidentschaft an, ohne Kommissare, sondern nur mit Beamten. Außerdem wurde kein traditioneller Antrittsbesuch der EU-Kommission bei der ungarischen Präsidentschaft ins Auge gefasst, und 63 Abgeordnete des EU-Parlaments forderten sogar, Ungarn das Stimmrecht im Rat zu entziehen.

Diese schrillen und kindischen Reaktionen haben einen Grund: **Orbán hat die EU und den gesamten Westen in ihrer verananten Kriegslüsterheit vorgeführt.**

Die EU-Politik hat sich in die Isolation begeben. Sie widerspiegelt nicht mehr die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung. Diese hat den zermürenden Abnutzungskrieg mit dem täglichen Töten satt, aus dem niemand mehr als Sieger hervorgehen kann. Symptomatisch für diese Befindlichkeit war der lt. Organisatoren „größte Friedensmarsch aller Zeiten mit geschätzten hunderttausend Teilnehmern“ am 1. Juni in Budapest. Und auf einmal meint Selenskyj, der Verhandlungen mit Putin bisher stets abgelehnt hat, bei der nächsten Friedenskonferenz müsse auch die Gegenseite dabei sein.

Quellen: budapester.hu; weltwoche.ch



Der Friedensmarsch in Budapest reichte entlang der Donau vorbei am Parlament bis zur Margareten-„Friedensinsel“.
Bild: MTI/ Zsolt

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

EINLADUNG zum VORTRAG MIT DISKUSSION **Auswirkungen der EU-Russland-Sanktionen** **auf die Energiepreise und die Versorgungssicherheit** **in Österreich**

Vortragender: **Dipl.-Ing. Dr. Martin Steiner**
Dienstag, **24. September 2024**, Beginn um 19 Uhr
Gasthof „Steinberger“, 3033 Altlengbach, Hauptstr. 28

Veranstalter: *Unabhängige INITIATIVE HEIMAT & UMWELT*
Nähere Informationen: 0664 489 37 97 oder ihu@a1.net
Eintritt: *freiwillige Spende*

FRIEDENSGESPRÄCHE

Runder Tisch – **NFÖ-Wien**
jeden 3. Dienstag im Monat: Beginn 18 Uhr
Gasthaus Zipfereck, Koppreitergasse 6, 1120 Wien
Nähere Informationen: Tel. 0676 406 5409

Runder Tisch – **NFÖ-Tirol**
Donnerstag, **26. September 2024**, Beginn 17 Uhr
GH „Tiroler Weinstube“, Gumpstraße 38, Innsbruck
Nähere Informationen: Tel: 0699 1162 8644

Runder Tisch – **NFÖ-Vorarlberg**
Samstag, **5. Oktober 2024**, Beginn 17 Uhr
Pfarrheim Schoren, Br. Klaus-Raum, Schorenquelle 5,
Dornbirn (Zufahrt über Höchsterstraße),
Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

Runder Tisch – **NFÖ-Salzburg**
Freitag, **18. Oktober 2024**, Beginn 17 Uhr
Haus „Wartenberg“, Riedenburgerstraße 2
(Anfang Bayernstr.) in Salzburg-Stadt
Nähere Informationen: Tel: 0699 1720 0336

Einladung zum Online - Vortrag

Neutralität größer gedacht

Die internationale Dimension **einer geschichtsträchtigen Idee**

Vortragender: **Prof. Dr. Pascal Lottaz**
Schweizer Neutralitätsforscher an der
Kyoto Universität, Japan

Freitag, **8. November 2024**, Beginn: 10:00 Uhr

Die Österreichische Neutralität ist nicht 70 Jahre alt, sondern kann auf eine Tradition von 2500 Jahren zurückgreifen. Dieser Vortrag bespricht die Vorteile, aber auch Gefahren einer neutralen Außenpolitik, und zeigt, wie sie nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa von Vorteil sein kann. Der Autor mehrerer Bücher beschäftigt sich mit dem Friedensmodell der dauerhaften Neutralität.

Prof. Pascal Lottaz ist in die Video-Sitzung eingebunden. Der Vortrag mit Diskussion kann vor Ort in 6971 Hard, Landstr. 36, oder online per Zoom-Videositzung besucht werden. Wir bitten um Anmeldung: buendnis@nfoe.at oder Telefon 0699 144 303 47. Eintritt pro Person: 6 Euro.

Veranstalter: Bündnis NFÖ und Verein „Bildungszentrum Hard“.

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass freiwillige finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Porto-kosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Redaktionsschluss: 17. August 2024

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich (NFÖ)*, 6010 Innsbruck, Postfach 110;
Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: buendnis@nfoe.at; Bankverbindung: IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098